



Antrag

der Fraktion der SPD

Ein Ministerium für alle Schulen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, auch nach der Gründung eines Schleswig-Holsteinischen Instituts für Berufliche Bildung (SHIBB) die Zuständigkeit für die berufsbildenden Schulen beim Bildungsministerium zu belassen.

Begründung:

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft hat ein Gutachten über die Pläne der Landesregierung in Auftrag gegeben, die Zuständigkeit für die berufliche Bildung vom Bildungs- ins Wirtschaftsministerium zu verlagern. Dieses Gutachten hat auf zahlreiche verfassungsrechtliche, verwaltungsrechtliche und bildungsfachliche Probleme hingewiesen. U.a. würde ein solcher Sonderweg Schleswig-Holsteins die Gleichwertigkeit und die Durchlässigkeit der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen beschädigen und die Gefahr in sich bergen, dass die Bildung an den berufsbildenden Schulen einseitig wirtschaftlichen Interessen untergeordnet würde.

Es ist deshalb erforderlich, für das zu gründende SHIBB eine rechtlich sichere Konstruktion zu finden und die Verantwortung für die öffentlichen Schulen in Schleswig-Holstein in einer Hand zu belassen.

Tobias von Pein
und Fraktion